



**Landes-Arbeitsgemeinschaft
der freien Wohlfahrtsverbände
Schleswig-Holstein e.V.**

Dänische Str. 17
24103 Kiel

Postfach: 4965
24049 Kiel

Tel. 0431 336075
Tel. 0431 336026
Fax 0431 337130

lag.freie-wohlfahrt-sh@t-online.de

Bankverbindung:
Ev. Darlehnsgenossenschaft eG
Konto: 0012017
BLZ: 210 602 37

Verteiler:
Ministerpräsident
Fraktionen des Landtages
Sozialausschuss des Landtages
Kommunale Spitzenverbände
Gewerkschaften
Presse

Kiel, 27.06.2008

**Die Gerechtigkeitslücke wird immer größer
Es darf nicht sein, dass der soziale Bereich von der
Lohnentwicklung abgekoppelt wird**

Sehr geehrte.....,

die Arbeitsbedingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sozialen Einrichtungen und Diensten verschlechtern sich dramatisch. Zwar steigen nach Jahren sinkender Reallöhne die Löhne in den meisten Branchen wieder deutlich an. Die Löhne im sozialen Bereich sind aber vom Tarifabschluss im öffentlichen Dienst und der positiven Tarifentwicklung insgesamt abgekoppelt. Das hat wesentlich mit der wachsenden Schere zwischen ständig steigenden Anforderungen und Kosten für die Leistungsanbieter und den niedrig bleibenden bzw. niedriger werdenden Leistungsentgelten zu tun. Die Qualitätsanforderungen werden immer größer und die Entgelte immer geringer.

Der Umgang mit Menschen in der Pflege, die Betreuung und Erziehung von Kindern, die Behandlung von Menschen in Krankenhäusern, die Förderung behinderter oder psychisch erkrankter Menschen erfordern hohe fachliche Kompetenzen und ein besonders persönliches Engagement, das weit über arbeitsvertragliche Bedingungen hinausgeht. Es ist für die Gesellschaft äußerst wichtig, dass für diese verantwortungsvolle und schwere Arbeit ein gerechter Lohn gezahlt wird. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im sozialen Bereich haben das Recht auf einen Lohn, von dem sie leben, von dem sie ihre Kinder und ihre Familie unterhalten können.



Natürlich begrüßen wir es, wenn jetzt die Beschäftigten in vielen Branchen und auch im öffentlichen Dienst wieder Lohnzuwächse bekommen. Sie brauchen diese ja für die stetig steigenden Lebenshaltungskosten. Gleichzeitig bringen uns diese Tarifabschlüsse in eine immer stärker werdende Zerreißprobe. Wir können die Löhne nicht in diesem Umfang anheben, da die Refinanzierung durch Bund, Länder und Kommunen sowie insbesondere durch die Kranken- und Pflegekassen nicht mehr ausreicht. Damit wird der soziale Bereich abgehängt und blutet aus. Man muss es so deutlich sagen: der Aufschwung kommt im sozialen Bereich so gut wie nicht an.

Es ist demotivierend für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn sie erleben müssen, dass weder der Lohn noch die gesellschaftliche Anerkennung stimmen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erleben die Bedrohung durch befristete Arbeitsverträge, durch Lohndumping, durch Beschäftigungen auf Honorarbasis (oft genug mit dem Charakter der Scheinselbstständigkeit), durch Arbeit im Graubereich des Rechts, durch ständige Arbeitsverdichtung als soziale Ungerechtigkeit.

Pflege- und betreuungsbedürftige Menschen, ihre Angehörigen und Kinder und Jugendliche aus der Jugendhilfe haben ein Recht auf fachlich gut qualifizierte Leistungen, auf gut ausgebildete und fair entlohnte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf genügend Personal, das ihnen auch zu ungünstigen Zeiten zur Verfügung steht.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen der sozialen Sicherungssysteme in unserer Gesellschaft stellt sich generell die Frage nach der künftigen Bedeutung eines gemeinwirtschaftlichen Sektors in der Sozialwirtschaft, die vor allem auch politisch beantwortet werden muss.

Die Verwirklichung des Sozialstaatsauftrages des Grundgesetzes und die Bereitstellung sozialer Hilfen und Dienstleistungen im Rahmen einer öffentlichen Verantwortung erfordern aus unserer Sicht eine nachhaltige Stärkung und Förderung der gemeinwohlorientierten non-profit-Dienstleistungsanbieter.

Dazu gehört konkret auch, dass die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie die inflationsbedingten Kostensteigerungen obligatorisch von den Sozialversicherungs- und von den kommunalen Kostenträgern im Rahmen der Leistungsentgelte übernommen werden müssen.

Für unsere Gesellschaft ist es von großem Nachteil, wenn der Sozialektor von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt wird. Ein Bereich, in dem allein in den Einrichtungen und Diensten der freien Wohlfahrtsverbände in Schleswig-Holstein fast 70.000 Beschäftigte angestellt sind, deren Löhne voll der Kaufkraft und der Binnennachfrage in unserem Bundesland zugute kommen.

Als Verbände der freien Wohlfahrtspflege wenden wir uns energisch gegen diese für alle schlechte Entwicklung. Wir fordern die Politiker auf, Verantwortung zu übernehmen und die Spirale nach unten zu stoppen.

Bitte sorgen Sie mit uns dafür, dass in Deutschland das Soziale wieder einen höheren Stellenwert bekommt.

Wir bitten Sie um Ihre engagierte Unterstützung! Bitte helfen Sie mit, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, Betreuungs- und Pflegekräften eine angemessene Entlohnung zu zahlen.

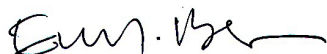
Für die Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände



(Arbeiterwohlfahrt
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.)



Caritasverband
für Schleswig-Holstein)



(Der Paritätische
Schleswig-Holstein)



(Deutsches Rotes Kreuz
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.)



(Diakonisches Werk
Landesverband der Inneren Mission e.V.)



(Jüdische Gemeinschaft
Schleswig-Holstein K.d.ö.R.)



(Landesverband der Jüdischen Gemeinden
von Schleswig-Holstein K.d.ö.R.)



(Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien
Wohlfahrtsverbände Schleswig-Holstein e.V.)